

B'90/DIE GRÜNEN - Fraktion im Rat der Stadt Waltrop

Monya Buß

Steinstr. 52
45731 Waltrop
02309 786 437

fraktion@die-gruenen-waltrop.de

Datum 01. März 2015

Anfrage zur Falschaussage im Rat zum Urteil des OVG Münster

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

ich bitte Sie folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen und schriftlich, sowie mündlich zu beantworten.

Zum Sachverhalt:

Als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Waltrop kritisieren wir Ihre Handhabung des Urteils vom OVG Münster gegenüber dem Rat aufs schärfste.

Nicht nur, dass der Rat im Dezember 2014 übergangen wurde, als es um den Beschluss zur rückwirkenden Satzungsänderung des V+Es (hier Gebührensatzung) ging und ein unnötiger Dringlichkeitsbeschluss erwirkt wurde, sondern es wurde sogar durch Herrn Schlarb eine Falschinformation dem Rat als Entscheidungsgrundlage vorgelegt.

Ich bitte Sie darum folgende Fragen möglichst schnell zu klären:

1. Wieso wurde nach Bekanntgabe der 14Tagefrist durch das OVG Münster keine Stellungnahme von Seiten der Stadt Waltrop verfasst und den Ratsmitgliedern vorgelegt, sondern ein übereilter Dringlichkeitsbeschluss zur rückwirkenden Satzungsänderung getroffen und ohne Wissen des Rats eingereicht?
2. Wieso wurde der Rat nicht kurzfristig einberufen, um über das OVG-Urteil und die daraus resultierende Situation zu beraten?
3. Wie konnte der V+E seine Kompetenzen unbemerkt überschreiten und seine Gebührensatzung eigenmächtig ändern?
4. Wer hat die Überschreitung der Handlungskompetenzen zu verantworten und wer hätte in der Stadtverwaltung dies kontrollieren und kritisieren müssen? Ist dieser Fehler auf mangelnde Sachkompetenz im V+E und/oder in der Verwaltung zurück zu führen?
5. Welche arbeitsrechtlichen Konsequenzen erfolgen im V+E und in der Verwaltung für die fehlerhafte Handhabung der Gebührensatzungsänderung?
6. Wer hat den V+E im Prozess vor dem OVG juristisch vertreten? In wieweit war Herr Schlarb, als Stadtjurist, über das Urteil des OVG informiert?

7. Wie wurde die Bürgermeisterin über das OVG-Urteil informiert? Haben Sie als Bürgermeisterin das juristische Fachwissen um die Rechtsprechung vom OVG zu verstehen?

8. Wurde die Bürgermeisterin ebenfalls falsch informiert?

- Wenn ja: Welche arbeitsrechtlichen Konsequenzen ziehen Sie aus der Falschinformation?

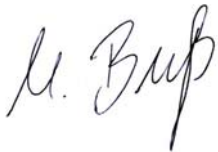
- Wenn nein: Wieso haben Sie die Falschinformation des Rates unterstützt? Was ziehen Sie für sich als Konsequenz aus diesem rechtlichen Verstoß?

9. Welche arbeitsrechtlichen Konsequenzen hat Herr Schlarb für seine Falschaussage vor dem Rat zu erwarten? Wie soll ein unbelastetes Vertrauensverhältnis zu Herrn Schlarb in Zukunft gewährleistet sein? Wie werden Sie in Zukunft verhindern, dass der Rat von der Verwaltung vorgeführt wird?

10. Wie wollen Sie als Verwaltungschefin zukünftig den Wahrheitsgehalt der Verwaltungsvorlagen und -aussagen sicherstellen?

11. Was sind die Konsequenzen für die Gültigkeit des auf der Basis einer Falschaussage gefällten Ratsbeschlusses?

Mit freundlichen Grüßen



Monya Buß

Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen